

Geschätzte Bürgerinnen und Bürger vom Wahlkreis Entlebuch

Einmal mehr dürfen wir am 27. September 2026 über die politische Ausrichtung unseres Landes und Kantons mitbestimmen. Nutzen Sie diese Gelegenheit und nehmen Sie an der Abstimmung teil. In den nachfolgenden Zeilen erläutern wir Ihnen unsere Abstimmungsempfehlung für den erwähnten Urnengang.

NEIN Volksinitiative «Gegen Fan Gewalt» JA Gegenentwurf

Für die SVP Wahlkreis Entlebuch ist der Gegenvorschlag die überzeugendere Lösung. Der Gegenvorschlag nimmt die berechtigten Anliegen der Initiative auf. Er stärkt die Sicherheit rund um Risikospiele und verpflichtet die Klubs zu konkreten Präventions- und Sicherheitsmassnahmen. Dabei wird auf unverhältnismässige Eingriffe wie flächendeckende Ausweiskontrollen für alle Stadionbesucher verzichtet, deren Daten nicht gespeichert werden dürfen. Stattdessen ermöglicht er gezielte und wirksame Massnahmen wie die Videoüberwachung von Fanmärschen und risikobehafteten Bereichen. Zudem baut der Gegenvorschlag auf dem bewährten «Luzerner Weg» mit Prävention, Dialog, Verantwortung der Klubs und gezielten polizeilichen Massnahmen auf. Die SVP Wahlkreis Entlebuch lehnt die Initiative ab und empfiehlt die Annahme des Gegenentwurfs.

NEIN Referendumsabstimmung über die Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes

Wir alle wollten die Öffnungszeiten der Hofläden fair regeln. Stattdessen hat das Parlament eine weitgehende Lockerung für Selbstbedienungsgeschäfte und Tankstellenshops beschlossen. Die Folge davon ist mehr Sonntagsarbeit sowie die Förderung von Läden, die auf Verkaufspersonal verzichten. Wir sagen klar Nein zum Angriff auf unsere Dorfläden und das Verkaufspersonal. Nachfolgend die wichtigsten Gründe, warum wir zu diesem Gesetz NEIN stimmen:

- Die Gesetzesänderung will Sonderregelungen für unbediente Verkaufscontainer und Shop-in-Shop-Modelle. Wer auf Fachwissen, Beratung und die Ausbildung von Lernenden setzt, wird künftig benachteiligt. Dorfläden als soziale Treffpunkte drohen durch Container und Automaten ersetzt zu werden.
- Alle Grossverteiler, die vier Elektro-Ladestationen installieren, können mit dem neuen Gesetz die normalen Ladenöffnungszeiten umgehen und einen Verkaufsbereich von 100 m² bis 22.00 Uhr offenhalten. Dies, obwohl sich die Stimmbevölkerung wiederholt gegen längere Ladenöffnungszeiten ausgesprochen hat.
- Die langen Arbeitszeiten von unserem Verkaufspersonal würden durch Sonntagsarbeit und längere Ladenöffnungszeiten sogar noch erweitert.
- Die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten ist ein Schritt zum erklärten Ziel der Liberalisierungsturbos: Einkaufen rund um die Uhr. Zusammen mit den umstrittenen Lockerungen der Sperrstunde an Karfreitag und Weihnachten zeigt sich eine klare Richtung: Weg von gemeinsamen Ruhezeiten, hin zur gesundheitsschädlichen, sozial isolierenden und permanenten Verfügbarkeit.

JA Änderung des Gesetzes über die Wirtschaftsförderung und die Regionalpolitik

Aufgrund der OECD Zusatz-Steuern, welche im Sommer 2023 – wegen internationalem Druck - von Volk und Ständen beschlossen wurden, sinkt die Standortattraktivität im Kanton Luzern für grosse Firmen, welche von diesen Steuern betroffen sind. Diese Steuern bringen dem Kanton Luzern in den nächsten Jahren mehrere hundert Millionen Franken zusätzliche Einnahmen. Davon sollen jährlich 250 bis 300 Millionen Franken den Firmen und der Bevölkerung rückverteilt werden. Dies, indem die Steuern für natürliche und juristische Personen gesenkt werden. Ebenfalls ist ein Luzerner Innovationsbeitrag (Forschung, Entwicklung, Innovation) für die Firmen vorgesehen. Zudem wird die familienergänzende Betreuung stärker unterstützt. All diese und weitere Massnahmen sind positiv für den Wirtschafts- und Lebensstandort Kanton Luzern. Wir empfehlen Ihnen deshalb JA zu stimmen.

NEIN Sonderkredit zur Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl

Eine gute Schule ist wichtig – aber muss sie 81,4 Millionen Franken kosten? Noch vor wenigen Jahren waren für die Erweiterung und Umnutzung der Kantonsschule Reussbühl rund 48 Millionen Franken als Planungsgrundlage vorgesehen. Heute ist das Projekt wegen hohen Standards und der aufwändigen Architektur massiv teurer geworden. Geplant sind unter anderem ein grosser Neubau mit modernen Lernlandschaften, ein Mehrzweckraum, eine Dreifachturnhalle und weitere umfangreiche Anpassungen. Sicher braucht die Kantonsschule zusätzlichen Schulraum. Doch zwischen notwendiger Infrastruktur und einem teuren Luxusprojekt besteht ein Unterschied.

Bildung darf nicht zum Freipass für immer höhere Baukosten werden. Gerade mit Blick auf die kommenden Jahre mit weiteren kostenintensiven Bauprojekten müssen wir die Kantonsfinanzen entlasten und uns auf das Notwendige konzentrieren und kostengünstigere Lösungen prüfen.

Darum am 27. September: NEIN zum teuren Luxusbau – für eine vernünftige Schule und einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren Steuergeldern. Der Entscheid ist kein Nein zur Bildung. Gute Bildung braucht aber klare Ziele, gute Lehrpersonen, Disziplin und einen konsequenten Fokus auf den Unterricht. Bessere Bildung entsteht nicht automatisch durch immer teurere Schulhäuser, goldige Rechner oder gepolsterte Schulbänke. Entscheidend ist, was im Klassenzimmer vermittelt wird.

JA Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»

Die Schweizer Neutralität ist ein Erfolgsmodell. Sie hat unserem Land über Jahrzehnte Frieden, Sicherheit und Unabhängigkeit ermöglicht. Doch Neutralität darf nicht je nach politischer Lage neu ausgelegt werden.

Die Neutralitätsinitiative will deshalb klare Regeln in der Bundesverfassung verankern: Die Schweiz soll dauerhaft und bewaffnet neutral bleiben, keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten und sich nicht an militärischen Konflikten zwischen anderen Staaten beteiligen. Zudem soll die Schweiz grundsätzlich auf Sanktionen gegen kriegführende Staaten verzichten, ausser wenn diese von der UNO beschlossen wurden.

Damit bleibt die Schweiz unabhängig und behält ihre Glaubwürdigkeit als neutraler Staat. Eine klare und konsequente Neutralität stärkt unsere Sicherheit, unsere Vermittlerrolle und unsere Unabhängigkeit.

Darum am 27. September: JA zur Neutralitätsinitiative – JA zu einer dauerhaft glaubwürdigen Schweizer Neutralität.

NEIN Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»

Bundesrat und Parlament empfehlen die Vorlage einstimmig und ohne Gegenstimme zur Ablehnung. Aus guten Gründen: Die Initiative schiesst weit über das Ziel hinaus und schadet Konsumenten, Wirtschaft und Landwirtschaft. Die Initiative fordert, den Netto-Selbstversorgungsgrad der Schweiz innerhalb von nur zehn Jahren von heute rund 46 Prozent auf mindestens 70 Prozent hochzuschrauben. Experten und Politik sind sich einig: Das ist in unserem dicht besiedelten Land auf natürlichem Weg unmöglich. Um diese utopische Quote zu erzwingen, müsste der Staat massiv in unseren Alltag eingreifen. Die Produktion von Fleisch, Milch und Eiern müsste drastisch gedrosselt werden, da Tierhaltung viel Fläche verbraucht. Das bedeutet: Der Staat diktiert uns eine pflanzliche Ernährung auf. Die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten geht verloren. Ein künstliches Herbeiführen von 70 Prozent Inlandproduktion führt zu massiver Verknappung. Lebensmittel würden teuer. Die Folge sind leere Portemonnaies und eine Flucht in den Einkaufstourismus im grenznahen Ausland, was dem Schweizer Detailhandel schadet. Ökologische Anliegen wie der Schutz von Trinkwasser und Biodiversität sind wichtig. Sie gehören aber in die reguläre Agrarpolitik (AP30+) und nicht in eine planwirtschaftliche Volksinitiative. Stimmen Sie am 27. September NEIN zur Ernährungsinitiative – für eine vernünftige Agrarpolitik und gegen staatliche Bevormundung.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Empfehlungen in Ihre Entscheidungsfindung miteinbeziehen und bedanken uns für Ihr Vertrauen.

Vorstand SVP Wahlkreis Entlebuch

Jetzt Mitglied werden!

